

Antrag

der Fraktion der SPD

Südafrika

Die Lage in Südafrika wird immer unerträglicher. Die Menschenrechte sind unteilbar und gelten universell. Die Aufrechterhaltung der Apartheid als solcher widerspricht den fundamentalen Menschenrechten. Die repressive Gewalt, mit der sie der schwarzen Bevölkerungsmehrheit aufgezwungen wird, macht sie täglich verabscheuungswürdiger.

Die Hinrichtung der schwarzen Apartheidsgegner Moses Mnyanda Jantjes und Mlamli Wellington Mielies am 25. August 1987 trotz weltweiter Appelle zeigt erneut das brutale und menschenverachtende Gesicht des Apartheidregimes.

Rund 4 000 Kinder und Jugendliche sind seit Verhängung des Ausnahmezustandes 1986 von den Machthabern in Pretoria eingesperrt und gefangengehalten worden.

Es reicht nicht aus, das Unrechtsregime in Pretoria zu verurteilen und moralische Entrüstung zu zeigen. Es ist mehr denn je notwendig, konkrete Schritte zu unternehmen, die effektiv zur Abschaffung der Apartheid beitragen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - in der EG ihren Widerstand gegen wirksame Sanktionen aufzugeben und darauf zu drängen, daß die Sanktionen gegenüber Südafrika zumindest das Ausmaß der US-Sanktionen erreichen;
 - im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein weltweit geltendes Verbot der Kapitalausfuhren nach Südafrika, des Technologietransfers mit Südafrika und der Rohstoffeinfuhr aus Südafrika zu beantragen;
 - dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der im Vorgriff auf eine Entscheidung des Sicherheitsrates die entsprechenden Handelsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland vorsieht;
 - die Forderung des Bundeswirtschaftsministers an die deutschen Unternehmen, keine Investitionen mehr in Südafrika

zu tätigen, durch entsprechende Rechtsverordnung zum Außenwirtschaftsgesetz wirksam werden zu lassen;

— Verstöße gegen das Rüstungsembargo der Vereinten Nationen aufzuklären.

2. Der Deutsche Bundestag beschließt,

eine Delegation nach Südafrika zu entsenden, die die Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte und Abschaffung der Apartheid zum Ausdruck zu bringen und dem Deutschen Bundestag zu berichten hat.

Bonn, den 16. September 1987

Dr. Vogel und Fraktion